Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.36 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 M. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Postscheckkonto: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungsgebühr Seite 411.

Nr. 66. Halle, Montag, den 24. März 1919. 3. Jahrgang.

Hell brennt ein Licht.

Der Versuch des spartakistischen Hamburger Seemannsbundes, dem deutschen Volk die ihm von seinen Feinden zugebilligten Lebensmitteltransporte abzuschneiden, müßte auch dem blindesten die Augen darüber öffnen, wohin die Fahrt des Spartakusbundes und der in seinem Kielwasser segelnden Unabhängigen geht. Wir haben in Berlin den Beschluß erlebt, die Bevölkerung von Wasser, Gas und Elektrizität abzuschneiden. Das Abschneiden der Wasserzufuhr für eine belagerte Stadt galt schon im griechischen Alterium als

eine unerlaubte Grausamkeit

und war durch Beschluß der griechischen Stämme im Kampfe zwischen Griechen verboten. Im Bürgerkrieg, der zwischen Berliner Arbeitern geführt wurde, sollte auch dieser letzte Rest von Menschlichkeit nicht gelten. Wir erleben die unaufhörlichen Streiks, die alle dem gemeinsamen Zweck dienen, Deutschland exportunfähig zu machen und ihm dadurch die Möglichkeit der Lebensmitteleinfuhr von außen zu nehmen. Die Bergarbeiter, die von einem Streik in den andern getrieben werden, glauben kurzsichtig, dabei ihren eigenen Interessen zu dienen und merken nicht, daß sie

nur Werkzeuge eines großen Plans

sind, der darauf hinausgeht, ganz Deutschland und sie zugrunde zu richten. Und jetzt erleben wir den Versuch des Spartakusbundes, dem deutschen Volk den letzten Rettungsweg aus der Hungersnot zu versperren und noch grausamer als die auswärtigen Feinde, Deutschland dem nacktesten Elend auszuliefern. Wo die englische Hungerblockade aufhört, da soll die spartakistische anfangen.

Die Führer des Spartakusbundes wollen nun freilich das Elend nicht um des Elends willen, sondern sie bilden sich ein, der totale Zusammenbruch sei nötig, um die Welt einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen. Damit liefern sie ein Zerrbild des Marxismus, das lächerlich wirken würde, wenn es nicht so grauenhaft wäre. Wohl hat Marx geglaubt, daß das Proletariat aus der Tiefe seiner Verelendung durch den Willen, diese zu überwinden, zu neuen Formen der Gesellschaft emporsteigen werde. Aber nicht einmal in seinen Fieberträumen hat er sich ein Proletariat vorstellen können, das selber aus eigenen Willen seine Verelendung bis auf den höchsten Gipfel treibt, um so den Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft nachzuhelfen. Marx rechnete vielmehr mit den

gesunden Instinkten der Arbeiterklasse,

die sich gegen eine aufgezwungene Verelendung bis aufs äußerste wehren, er glaubte an ein kämpfendes Proletariat. Das Proletariat im Sinne von Spartakus leistet aber keinen Widerstand gegen die Verelendung, es sucht sie vielmehr aus einer Art theoretischer Raserei heraus immer weiter zu treiben. Es ist kein kämpfendes Proletariat, denn wer sich mit dem Rasiermesser selber Schnitte in den Hals beibringt, der vergießt wohl Blut, aber er kämpft nicht.

Der Spartakisten Aberwitz erscheint als solcher freilich nur vom deutschen Standpunkt aus. Für die bolschewistische Regierung Rußlands, die ihn mit ihrem Gelde aushilft, ist er eine sehr realpolitische Notwendigkeit. Der russische Bolschewismus erstickt in der Isolierung des einen großen Reichs, das er bis aufs Äußerste zugrunde zu richten geholfen hat, und er kann sich nicht halten, wenn er nicht Unterstützung von außen erhält. Sein Ziel ist es, zunächst Deutschland zu sich herüberzuziehen, um dann

den Kampf gegen die Entente

aufnehmen zu können. Darum mußte das Lebensmittelabkommen, das Deutschland mit den Alliierten geschlossen hat, für ihn ungefähr dasselbe sein wie für den Teufel das Weihwasser. Die Vorstellung, daß es zwischen Deutschland und der Entente zu ernsten Friedensverträgen kommen und daß sich das deutsche Volk bei amerikanischem Speck mit einer vernünftig fortschreitenden Umordnung seiner Wirtschaftsverhältnisse zufrieden geben könnte, ist ihm unerträglich. Und so mußte dem deutschen Volk auf dem Weg aus seiner allertiefsten Not heraus noch geschwind ein letzter Knüppel zwischen die Beine gesteckt werden in der Form einer Weigerung der Seeleute, mit den Schiffen, die für die Lebensmitteltransporte bestimmt sind, auszufahren.

Auch diese Schwierigkeit wird überwunden werden. Die Masse der organisierten Seeleute faßt den

Begriff der Arbeitersolidarität

anders auf als die Hamburger Agenten des Bolschewismus. Die letzte Klippe ist damit freilich längst noch nicht umschifft, den Machthabern in Moskau bleibt noch die große Hoffnung auf den chauvinistischen Unverstand der Machthaber in Paris. Er ist ein noch besserer Bundesgenosse des Bolschewismus als der deutsche Spartakus.

Wer kann in Deutschland Spartakuspolitik treiben? Das können doch nur Leute von dreierlei Art: Erstens Fanatiker, die in eine völlig verdrehte Theorie verrannt sind, zweitens Leute, die von russischen Rubeln leben, drittens aber Arbeiter, die politisch so ungebildet, so von allem gesunden Menschenverstand verlassen sind, daß sie nicht merken, wohin die Reise geht.

Kategorie eins wird es immer geben, Kategorie zwei wird es geben, solange es Rubel gibt, Kategorie drei aber muß verschwinden, indem auch den dunkelsten Köpfen ein Licht aufgesteckt wird. Und das Hamburger Licht, sollte man denken, brennt hell genug.

Das Schicksal Deutschlands.

Zu den schwersten Sünden der Unabhängigen gehört es, daß durch die fortwährenden Streiks und Unruhen, die sie schüren, das deutsche Volk daran hindern, mit der nötigen Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen, die sich gegenwärtig im Ausland abspielen und für das Schicksal der deutschen Nation auf Jahrzehnte entscheidend sein könnten. So ist in den letzten Tagen durch die italienische Agenzia Stefani ein Dokument veröffentlicht worden, das in jeder anderen Zeit die einmütige Empörung des ganzen deutschen Volkes ohne Unterschied der Klasse hervorgerufen hätte, tatsächlich aber kaum beachtet wurde, weil man sich hauptsächlich um die Entwicklung der Groß-Berliner Ereignisse kümmern mußte. Es handelt sich um die der sogenannten Pariser Friedenskonferenz überreichte Denkschrift, in der die italienischen Forderungen dargelegt werden: darin werden — angeblich auf der Grundlage der 14 Wilsonschen Punkte — beträchtliche Gebietsteile für Italien beansprucht, die ganz oder überwiegend von Südslawen oder von Deutschen bewohnt sind. Zu den letzteren gehört ein großer Teil Tirols, inklusive Bozen und Brixen. In der Begründung dieser ungeheuerlichen Forderungen wird darauf hingewiesen, daß während Polen 40, Böhmen 30, Rumänien 17, Südslawien 11 und Frankreich 4 Prozent fremdsprachige Bevölkerung erhalten, werde letztere nur 3 Prozent der gesamten Bevölkerung des vergrößerten Italiens umfassen.

Nichts beleuchtet mehr die erbärmliche Komödie, die sich gegenwärtig in Paris unter dem Schein der internationalen Gerechtigkeit abspielt, als diese durchaus richtigen Zahlenangaben über die Bevölkerungsteile, die in das Fremdjoch großer und kleiner imperialistischer Staaten gezwungen werden sollen. Der kluge Sonnino, der genau weiß, welchen entscheidenden Einfluß die englische Delegation in Paris besitzt, hat sich wohl behütet, den Prozentsatz der Völker anzugeben, die unter der Fremdherrschaft des britischen Weltreichs gegen ihren laut bekundeten Willen leben müssen. Aber sein Hinweis auf die Folgen der Erfüllung der polnischen, tschechischen, rumänischen, serbischen und französischen Annexionspläne, soll das eigene beabsichtigte Unrecht in milderem Lichte erscheinen lassen.

Nun, unter den 40, 30 und 4 Prozent Fremdsprachigen, die von den Polen, bezw. Tschechen, bezw. Franzosen vergewaltigt werden sollen, befinden sich Millionen von deutschen Stammesgenossen. Das Gefühl der ethnographischen Solidarität, die Sorge um den künftigen dauernden Frieden, das Streben nach Gerechtigkeit erfordert, daß das gesamte deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterklasse, sich zusammenschließen, um diesem furchtbaren Unrecht wenigstens die moralische Gewalt eines einmütigen Protestes entgegenzusetzen.

Aber in diesen Tagen, die für das Schicksal der Welt entscheidend sind, sind wir dank der Unabhängigen und Spartakisten gezwungen, unsere Aufmerksamkeit auf die inneren Vorgänge zu konzentrieren und unsere ganze Kraft dazu aufzubieten, das Unheil des Bolschewismus vom deutschen Volke abzuwehren. Ist es nicht für die Ententeimperialisten geradezu ein Ansporn, sich in ihren Raubzügen gegenseitig zu überrumpeln, wenn gerade jetzt in Deutschland der Bürgerkrieg überall ausbricht, weil nach dem in Weimar von Herrn Henke ausgesprochenen Wunsch, die deutschen Arbeiter nicht zur Ruhe kommen sollen? Narren sind diese unabhängigen Führer, die angeblich eine bessere Weltordnung erstreben und in Wirklichkeit nur zur Schaffung einer Zukunft beitragen, die für Millionen von Volksgenossen dauerndes Unglück und für die Welt vielleicht neue Wirren und neue Kriege bedeutet!

B. S.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Ueber die Gestaltung der Versorgung Deutschlands nach der Realisierung des Brüsseler Abkommens wurden einem Mitarbeiter der „P. P. N." von autoritativer Seite noch folgende Mitteilungen gemacht: Daß es dem spartakistischen Wahnsinn in Deutschland gelingen werde, durch die bekannten Umtriebe in Hamburg die Realisierung des Brüsseler Abkommens, also die Einfuhr der von der Entente garantierten Lebensmittel zu verhindern, ist nicht anzunehmen. Wir werden die garantierten Lebensmittelsendungen einführen. Wie sich nun in diesem Fall die zukünftige Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gestalten wird, darüber sind in den letzten Tagen allerdings reiflich optimistische Auffassungen geäußert worden. Es muß deshalb gesagt werden, daß es uns die garantierten Lebensmittelzufuhren und wahrscheinlich auch die weiteren Zufuhren, die wir noch erhalten, nur ermöglichen werden, die bisherige Rotration aufrechtzuerhalten. Im günstigsten Falle werden wir eine andere Ausmahlung und dadurch eine Steigerung des Nährgehaltes des Brotes erreichen. Die über die garantierte Menge hinausgehenden Zufuhren werden uns allenfalls in den Stand setzen, einige Mehlzugaben zu gewähren. Man darf nicht vergessen, daß unsere inländische Getreidemenge spätestens Ende Mai aufgebraucht gewesen wäre. Etwas günstiger stehen unsere Vorräte gegen frühere Jahre in Nährmitteln. Es sind ziemlich erhebliche Mengen an Haferflocken, Grieß usw. vorhanden, so daß wir in den nächsten Monaten in der Lage sein werden, in diesen Produkten etwas mehr als sonst zu verteilen.

Aehnlich wie in der Brotversorgung liegen die Dinge bei der Fettabgabe. Die Fettlieferungen, die uns die Entente garantiert hat, werden im großen und ganzen dazu ausreichen, den Ausfall an Butter wieder wettzumachen, der Monat für Monat in immer höherem Maße festzustellen ist und der auch weiterhin anhalten wird. Das Viehfutter ist immer schlechter und knapper geworden und auch die Rindviehbestände sind Woche um Woche weiter zurückgegangen, was natürlich die Butterproduktion fortgesetzt heruntergedrückt hat. Es muß damit gerechnet werden, daß der Rückgang der Milch- und Butterproduktion in der nächsten Zeit einen besonders hohen Grad erreichen wird. Eine absolute Besserung der Fettversorgung ist höchstens zu erwarten, wenn es uns gelingt, in den nächsten Monaten in dieser Beziehung noch andere Bezugsquellen zu eröffnen, als sie das Brüsseler Abkommen vorsieht. Die Aussichten dafür sind schwach, aber sie sind vorhanden.

Neubenennung der Reichsministerien.

Die Schaffung eines kollegialen Reichsministeriums hat nicht nur die Kompetenz der einzelnen Ressortchefs der einzelnen Aemter wesentlich erleichtert, sondern auch eine Neubenennung derselben zur Erfordernis gemacht, die dem neuen Zustande besser entspricht. Durch Kabinettsbeschluß sind daher folgende Benennungen festgesetzt worden: 1. Der Präsident des Reichsministeriums (Reichsministerium), 2. der Reichsminister des Auswärtigen (Auswärtiges Amt), 3. der Reichsminister des Innern (Reichsministerium des Innern), 4. der Reichsminister der Finanzen (Reichsfinanzministerium), 5. der Reichswehrminister (Reichswehrministerium), 6. der Reichsminister der Justiz (Reichsjustizministerium), 7. der Reichswirtschaftsminister (Reichswirtschaftsministerium), 8. der Reichsarbeitsminister (Reichsarbeitsministerium), 9. der Reichskolonialminister (Reichskolonialministerium), 10. der Reichspostminister (Reichspostministerium), 11. der Reichsernährungsminister (Reichsernährungsministerium), 12. der Reichsminister für wirtschaftliche Demobilmachung (Reichsminister f. wirtschaftl. Demobilmachung), 13. der Reichsschatzminister (Reichsschatzministerium), 14. der Chef der Admiralität (Reichsmarineamt).

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Die am Freitag in Weimar gefaßte Resolution, die in warmen Worten einen baldigen Anschluß Deutsch-Oesterreichs ins Auge faßt, bedeutet einen neuen, ganz wesentlichen Fortschritt. Insbesondere verdient hervorgehoben zu werden, daß diese Resolution von allen Parteien bedeutsam und einstimmig gefaßt worden ist. Die amtlichen Kreise begrüßen, wie die „P. P. N." hören, diese Resolution aufs warmste; denn sie ist ein glänzender Beweis dafür, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung des Anschlusses beim ganzen deutschen Volke lebhafte Zustimmung finden. Es wird allgemein erwartet, daß die Kommissionen, welche die Details beraten wollen, nunmehr bald zusammentreten.

Ein sozialistisches Hundertmillionenprojekt.

Das bayerische 3. Armeekorps in Nürnberg ist mit einem Siedlungsprojekt auf sozialistischer Grundlage größten Stils an die Oeffentlichkeit getreten. [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190324-14/fragment/page=0001

soll dadurch Arbeit, Tausenden eine gesunde Wohngelegenheit und landwirtschaftliche Tätigkeit vermittelt werden.

Ueber Art und Umfang dieses von unseren Genossen getragenen Planes, der von Soldaten und Fachleuten durchgeführt wird, entnehmen wir der „Fränk. Tagespost" das Folgende:

Ueber Einzelheiten des großen Siedlungsprojekts äußerte sich in der Versammlung der Vorsitzende des Soldatenrats, Genosse Sachs. Sie könnte mitgeteilt werden, daß bisher schon 200 Arbeiter Beschäftigung gefunden haben und daß bis Ende dieser Woche die 3 h l d e r B e s c h ä f t i g t e n auf 1000 wachsen werde. Die neue Regierung in München habe 100 M i l l i o n e n M a r k z u r V e r f ü g u n g gestellt. Die Rohstoffe im Bereich des dritten Armeekorps werden beschlagnahmt. Oertliche Kommissionen arbeiten Hand in Hand, um rationell vorgehen zu können. Neben dem vorgesehenen Platz am Weichbild Nürnbergs und neben den Exerzierplätzen, die behaut werden sollen, sind 30 B a u e r n g ü t e r jetzt schon freigemacht, ebenso werden dieser Tage d r e i g r o ß e J a g d s c h l ö s s e r und ein in der Nähe von Nürnberg gelegenes Schloß in Beschlag genommen. Eine Ziegelei ist auch bereits übernommen worden, um die Bausteine herzustellen. An diesem Vorgehen sieht man allein schon, wie ernst die ganze Frage den damit Beschäftigten ist und daß s o z i a l i s t i s c h e A r b e i t geleistet werden soll, die allein ein Gelingen verbürgt. Das Siedlungswerk in der Nähe Nürnbergs soll auf gutem und ertragfähigem Boden erstehen und so angelegt werden, um für jeden Anwohner die beste Verkehrsmöglichkeit betreffs Schule, Einkauf usw. zu bieten.

Die Rolle der Kapitalisten bei den oberschlesischen Bergarbeiterputschen.

Das Berliner Tageblatt hatte dem früheren Volksbeauftragten Barth nachgesagt, daß sich aus seinem Bericht über die Reise nach Oberschlesien ergebe, daß die Ansichten und Ansichten Barths über Putsche im Gegensatz ständen mit dem, was täglich geschähe. Darauf schickt Barth dem Berliner Tageblatt eine Zuschrift, in der er zu seiner Rechtfertigung auf die in Hindenburg angenommene Resolution zu sprechen kommt, sich zum wiederholten Male als „fanatischer Gegner" jeder örtlichen Putsche bekennt, und außerdem noch ganz nette Enthüllungen darüber macht, w i e p o l n i s c h e s u n d d e u t s c h e s K a p i t a l b e i d i e s e n P u t s c h e n i n t e r e s s i e r t ist. In der Hindenburger Resolution heißt es zunächst:

Die oberschlesische Arbeiterschaft gelobt, in Zukunft nur ordnungsmäßig beschlossene Bewegungen zu führen und Unverantwortliche und vom Kapital Bestochene in die Schranken zu weisen.

Dazu bemerkt Barth in seinem Schreiben an das Berliner Tageblatt folgendes:

Der Staatskommissar Dr G o t t h i l f war der Auffassung, daß bei der Bewegung g r o ß p o l n i s c h e s Geld eine Rolle spielt — **ich bestreite das nicht, sondern gebe es zu** —, ich bin aber der Auffassung, daß Geld der **oberschlesischen Großkapitalisten ebenfalls hierzu im Umlauf ist.** Hierzu stütze ich mich auf die Worte des Herrn Bergrat K n o c h e n h a u e r mit, der wörtlich sagte — auf meinen Hinweis, daß das Einfrieren der Hochöfen und damit eine zwei- bis dreimonatige Betriebsstörung zu befürchten sei —: **Das macht nichts, in zwei bis drei Monaten haben wir sowieso keine Rohstoffe mehr, und wenn sie jetzt stillliegen, dann bricht das unhaltbare System um so schneller zusammen.**"

Nach einigen weiteren, hier nicht interessierenden Ausführungen kommt dann Barth zu folgendem Bekenntnis gegen den Putschismus:

Aber ich erkläre offen, wenn es nach mir ginge, müßte jeder Putschist vor das Tribunal der revolutionären Arbeiterschaft kommen, da er deren größter Schädling ist.

Demnach ist also der „Unabhängige" Barth als Gegner der Putsche und „Abwiegler" nach Oberschlesien gereist. Daß der Erfolg der Reise nicht allzugroß gewesen ist, beweisen die täglichen Meldungen von neuen Aufflackerungen der Streikputsche. Wir geben zu, daß in Oberschlesien die verbrecherische Rolle des polnischen und deutschen Kapitals an diesem Mißerfolg schuld trägt, wie Barth widerspruchslos nachweisen kann. Damit allein können sich die Unabhängigen aber nicht salvieren. Fest steht, und die Berliner Vorgänge haben das einwandfrei bewiesen, daß die geistige Abhängigkeit der „Unabhängigen" von den Spartakisten außerdem das übrige dazu beiträgt, den Putschismus immer dreister werden zu lassen. Es ist also nicht unsere Schuld, wenn die „Unabhängigen" in eine Lage kommen, durch die alle ihre feierlichen Erklärungen entwertet werden. Schon Furcht vor dem Erfolg der kommunistischen Phrasen treibt sie täglich zu Konzessionen an die kommunistischen Putschisten, obgleich sie, um mit Barth zu reden, „fanatische Gegner" dieser Methoden sind. So lange sie also nicht den Mut haben, sich von Spartakus zu trennen, werden sie es sich gefallen lassen müssen, in einem Atem mit jenen dunklen Kräften genannt zu werden, die auf ihre Weise der sozialistischen Revolution das Genick brechen wollen. Für die Arbeiterschaft aber ist gerade dieses oberschlesische Zwischenspiel ein neuer Beweis dafür, wie nötig es ist, den Kopf kühl zu halten. N i c h t s b r i n g t d i e A r b e i t e r w e i t e r v o m s o z i a l i s t i s c h e n Z i e l a b, w i e d i e s o z i a l i s t i s c h e P h r a s e. Lassen sie sich davon die Sinne benebeln, dann freut sich der Nationalismus und der K a p i t a l i s m u s. Die Phrase, auch die sozialistische, schadet der politischen Erkenntnis und davon können gerade die Arbeiter heutzutage gar nicht genug bekommen.

Ein neuer Generalstreik in Berlin?

Der Kampf ist beendet, es lebe der Kampf! sagten sich die Berliner Spartakisten nach dem Abbruche des letzten Generalstreiks und traten sofort wieder in eine lebhafte Propaganda für einen neuen Generalstreik ein. Es vergeht kein Tag, ohne daß ein stets sehr geistvolles, aber immer recht schimpfwortreiches Flugblatt der Spartakisten verbreitet wird, das zu dem neuen Generalstreik auffordert. Der Termin ist zunächst auf den 26. März festgesetzt, doch werden die Spartakisten die Frist wahrscheinlich prolongieren müssen.

Wie wir aus den Kreisen der Berliner Gewerkschaften vernehmen, besteht unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern keinerlei Streiklust im Augenblick. Die Spartakisten haben sich durch die brutale Art, in der sie den letzten Streik zu führen gedachten, bei den Gewerkschaftern ziemlich um jeden Kredit gebracht. Man macht den spartakistischen Führern den Vorwurf, daß sie auch der elementarsten gewerkschaftlichen Erfahrung ermangelten, und daß man ihnen deshalb auf der Bahn des wirtschaftlichen Kampfes unmöglich folgen könne.

Auch die Ernährungsfrage hat in den Erörterungen der Angelegenheit eine Rolle gespielt. Es ist selbstverständlich, daß eine Reihe von Streiktagen für die keine Unterstützungen gezahlt werden, bei den heutigen Kosten der Lebenshaltung einen großen Verlust bedeuten. Diese Frage hat schon bei dem letzten Generalstreik viele Arbeiter veranlaßt, in den großen Betrieben zwar mit in den Streik zu treten, sich sodann aber in kleineren oder mittleren Fabriken Arbeit zu suchen, und auf diese Weise den Generalstreik zu umgehen.

Massenkundgebungen in Berlin.

Am gestrigen Sonntag fanden in Berlin große Massenprotestversammlungen gegen die Lostrennung deutscher Gebietsteile statt. Besonders energisch wurde gegen Abtrennung Danzigs an die Polen und Bildung eines Pufferstaates in der Rheinprovinz protestiert. Redner aller Parteien kamen zu Worte und im Anschluß daran große Volksmengen durch die Straßen nach dem Reichskanzlerhause, um die gefaßten Entschließungen zu übermitteln. Der Vizepräsident des Reichsministeriums Schiffer hielt eine Ansprache und versicherte daß die Regierung sich keinen Schritt vom Standpunkte des Rechts abdrängen lasse.

Kurze Notizen.

Hindenburg schlecht informiert. Zu Hindenburgs Brief gibt Prinz Max von Baden eine Erklärung ab, der zu entnehmen ist, daß Hindenburg über den tatsächlichen Vorgang der Kaiserabdankung schlecht unterrichtet war.

Internationales Arbeiterrecht. Nach Pariser amtlicher Meldung hat der Ausschuß für internationales Arbeiterrecht den Entwurf der englischen Vertretung über Einsetzung einer dauernden internationalen Vertretung und zur Vorlage an die Konferenz endgültig festgestellt.

Der 1. April

steht vor der Tür. Es ist höchste Zeit, dass Sie Ihr Abonnement erneuern, damit die Zustellung keine Unterbrechung erleidet.

Werbt neue Abonnenten für die

Volksstimme!

Preußische Landesversammlung.

Auf förmliche Anfragen über ein Monopol von Schulbüchern, über den Wohnungsmangel und über das Studium der in die Freiwilligenverbände eingetretenen Studenten wird laut Erklärung des Ministerpräsidenten Hirsch die Regierung antworten, sobald die Geschäftslage des Hauses es gestattet.

Nunmehr wird begonnen mit der Besprechung der f ö r m l i c h e n A n f r a g e n der Deutschnationalen und der Demokraten betreffend die Unteilbarkeit und Unversehrtheit des preußischen Staates und betreffend die L o s l ö s u n g d e r R h e i n l a n d e. Damit verbunden wird die Erörterung des folgenden von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen eingebrachten Antrages: „Die Landesversammlung verwahrt sich einmütig gegen jede Einverleibung rheinischer Landesteile, insbesondere des Saarbeckens und der deutschen Lande und empfindenden Bezirke Montjoie, Malmedy und St. Vith in das Gebiet Frankreichs oder Belgiens. Sie weist aber auch mit derselben Entschiedenheit und Entrüstung den Gedanken zurück, aus preußischen Gebieten im Westen einen Pufferstaat zu bilden oder Teile des Rheinlandes zollwirtschaftlich vom deutschen Reich zu trennen. Sie kann in derartigen Bestrebungen nur einen Versuch erblicken, sich über die unzweideutigen Abmachungen bei Abschluß des Waffenstillstandes und über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinwegzusetzen. Die verfassungsgebende preußische Landesversammlung vertraut darauf, daß die Staatsregierung einem solchen, alle Keime künftiger Beunruhigung in sich bergenden und mit dem Gedanken eines Völkerbundes im stärksten Widerspruch stehenden Friedensvorschlag nicht ihre Zustimmung gibt."

Ferner wird mit erörtert folgender Antrag Gräf (Soz.), Dr. Friedberg (Dem.), Nerger (Dtsch. Natl.), Dr. von Krause (Dtsch. Vp.): „Die Landesversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen einzelner Gebietsteile, sich von Preußen abzutrennen, insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik. Sie vertraut darauf, daß die Staatsregierung diesen Bestrebungen mit der größten Tatkraft entgegentritt und sich für die Erhaltung eines ungeteilten Preußens einsetzt."

Abg. Kastert (Ztr.): Als erster Rheinländer, der zu der Frage das Wort ergreift, möchte ich feststellen: Wir sind mit dem Gang der gestrigen Debatte im allgemeinen zufrieden. Die Rheinprovinz ist seinerzeit ja nur als eine Art Austauschobjekt an Preußen gekommen. Weil man Sachsen wollte, aber nicht bekommen konnte, begnügte man sich in Berlin mit der Rheinprovinz und so erwachten die Rheinländer eines Morgens ganz harmlos als Preußen. (Heiterkeit.) Man muß auch fragen, was Preußen dem Rheinland zu verdanken hat. Wenn der Gedanke der Errichtung einer westdeutschen Republik so rasch im ganzen rheinischen Volke an Boden gewann, so kam das zunächst daher: Die Mächte der Revolution waren bei uns Matrosen- und Soldatenräte, die mit dem Rheinland gar nichts zu tun hatten und die aus die Revolution in einer sehr merkwürdigen und den Rheinländern überaus unsympathischen und widerspärtigen Weise gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Nach wie vor betrachten wir Rheinländer die Revolution als höchst überflüssig, unnötig und für das gesamte deutsche Vaterland unglücklich. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts und im Zentrum. Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Präsident Leinert bittet, das Händeklatschen zu unterlassen.) Dazu kam das Unwesen der zurückflutenden Marodeure aus den Truppentruppen und zuletzt die jede Lebensmittelzufuhr aus dem Osten aus. Wenn sich wirklich gewisse Elemente mit Rücksicht auf materielle Vorteile der Bewegung angeschlossen haben sollten, so erkläre ich, daß alle diese Herrschaften mit uns nichts gemein haben. (Beifall im Zentrum.) Wer mit gegenüber noch einmal wagen sollte, von Sympathien von Frankreich zu sprechen, den nenne ich einfach einen Lügner. Wir wollen uns gegen die Pläne der Franzosen zur Wehr setzen als treue Preußen, als Rheinländer, die unter keinen Umständen vom Reichsverband losgetrennt sein wollen, heute nicht und in alle Zukunft nicht. (Lebhafter Beifall.) Redner geht dann im einzelnen auf die Vorgeschichte und den Verlauf der Kölner Versammlung vom 4. Dez. 1918 ein. Als Vorsitzender der Versammlung habe ich noch besonders hervorgehoben, daß wir jede Verquickung mit Partei- und konfessionellen Rücksichten ablehnen. Die von der Versammlung angenommene Resolution ging von 70 Anwesenden aller Parteien aus, die vom Zentrum bis zu den Unabhängigen sich unterschrieben haben. (Abg. D. Klingemann: Die Deutschnationalen nicht?) Unsere Resolution vom 7. März ist deshalb zustande gekommen, weil wir dafür sorgen wollten, daß unser Standpunkt noch vor dem 8. März in Paris bekannt werde, da uns mitgeteilt worden war, daß an diesem Tage in Paris die Frage der besetzten linksrheinischen Gebiete zu einem gewissen Abschluß vor dem Zehnerrat gebracht werden würde. Wir sind in keinerlei Verhandlungen mit den Alliierten eingetreten. (Erregte Zurufe rechts: Das wäre ja Hochverrat!) Gespräche mit Engländern sind ganz selbstverständlich. (Rufe: Aha!) Es ist ganz unmöglich, den Herren auszuweichen, die überall bei uns einmarschiert sind. Ich fordere auch die Presse auf, von meiner Feststellung unzweideutige Notiz zu nehmen. Man muß die Sympathien des Rheinlandes verlieren, wenn man die konfessionelle Volksschule zertrümmern will. (Rufe links: Aha!) Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die auf legalem Wege herbeizuführende neue Republik ein sicheres Mittel ist, den Plänen der Entente auf Lostrennung des Rheinlandes zu begegnen. Die westdeutsche Republik sollte unter allen Umständen im Verbande des deutschen Reiches für alle Zeiten bleiben. Wir wollen das Interesse des Reiches, wir wollen in schwerster Stunde aufrichtig und treu beim Reiche bleiben. (Beifall und Zischen.)

Abg. Eitdker (U. Soz.): Wir wenden uns aufs schärfste gegen den Plan der Loslösung der Rheinlande von Preußen und vom Reich. Die Herren in Köln wollten die Hilfe der Entente gegen den Bolschewismus, tatsächlich aber gegen den Sozialismus. Wie es in diesem Kirchenstaat aussehen würde, bewiesen die Vorgänge bei den Wahlen. Wo ein Pfarrer erklärte: Wer nicht Zentrum wählt und nicht die „Trierische Landeszeitung" liest, der begeht eine Todsünde. (Lebhaftes Hört, hört!) Wir sind gegen eine solche Republik, die unter dem Schutze der Entente stehen würde.

Abg. Dr. Moldenhauer (Deutsche Vp.): Wir begrüßen die klare und unzweideutige Erklärung der preußischen Regierung über ihre Haltung in Weimar. Ich bin am freien deutschen Rhein geboren und will mein müdes Haupt auch am freien deutschen Rhein betten.

Abg. von der Osten (Dtsch.-Natl.): Auch wir stimmen der Erklärung des Ministerpräsidenten rückhaltslos zu. Ein westdeutscher Staat würde schließlich nach Frankreich hinüberneigen. Wir hängen mit allen Fasern unseres Herzens am alten Preußen, nicht aus wirtschaftlichen und egoistischen Gründen, auch wir haben im alten Preußen schwer leiden müssen und Opfer gebracht. (Lachen links.) Ohne das alte Preußen würden wir nicht das große Deutschland haben, in dem es sich in den letzten Jahren vor dem Kriege doch ganz gut leben ließ. (Rufe der Unabhängigen: Ja, für Sie!) Auch aus Ihren Kreisen, Herr Hoffmann, sehnt sich mancher nach der alten Zeit zurück. Wenn man in Berlin herumhört, so findet man manchen Sozialdemokraten, der sagt: Wenn doch der Kaiser wieder da wäre! (Gelächter bei den Unabhängigen.)

Unterstaatssekretär Freund nimmt bezug auf die Verhandlungen im Weimarer Verfassungsausschuß. Erhält man die einzelnen Gliedstaaten aufrecht, so muß man auch ihre Leistungsfähigkeit garantieren und nach Auffassung der preußischen Staatsregierung sind alle Loslösungsbestrebungen geeignet, die Leistungsfähigkeit Preußens auf das Ernsteste zu gefährden. Preußen würde nicht mehr imstande sein, diese Aufgaben zu lösen, wenn man die wohlhabenden Provinzen einfach abtrennen wollte. Es macht einen tieftraurigen Eindruck, wenn wir uns hier auseinandersetzen müssen mit Provinzen, von denen wir bisher glaubten, daß wir untrennbar für alle Zeiten mit ihnen verbunden seien. Ich nehme kein Blatt vor den Mund und erkläre, daß Reichsminister Dr. Preuß einen bedenklichen Weg gegangen ist, als er die Gliederung gegen den Gesamtkörper. Was in Weimar beschlossen wurde, ist eine Vergewaltigung Preußens. Darauf kann sich niemand einlassen, der eine segensreiche Entwicklung Preußens will. (Beifall.)

Abg. Limberg (Soz.): Die zollpolitische Absperrung als Folge einer rheinisch-westfälischen Republik würde die Vernichtung der deutschen Industrie sein, deren Werke halb in dieser Republik, halb in Preußen liegen würden und die ihren Hauptsitz doch im Osten haben. Wenn 24 Matrosen trotz der 24 000 Soldaten in Köln solchen Einfluß erlangen konnten, so war das nur möglich, weil der Militarismus infolge Ihrer (nach rechts) Kriegspolitik zusammengebrochen war. Die sofortige Folge der Proklamierung einer rheinisch-westfälischen Republik wäre wirtschaftlos der Generalstreik. Wir werden uns aus allgemeiner wirtschaftlichen Gründen mit allen Mitteln gegen solche Pläne der Zentrumskreise wehren.

Abg. Jansen (Dem.): Wir leben in den besetzten Gebieten unter einer Bedrückung, Gewalt und Willkür, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können. Das Gesetz über die Kriegslieferungskosten ist noch nicht in die Praxis umgesetzt worden und die Gemeinden lehnen den Ersatzanspruch ab. Darum ist auch in Teilen des besetzten Gebiets, die nicht zum Zentrum halten, Unwille entstanden, weil man von Berlin vergessen worden ist. (Sehr richtig!) Es muß ein Staatskommissar für die Interessen der besetzten Gebiete eingesetzt werden. Wir kennen ja die französischen Absichten. Auch 1793 wurde ein neutraler Staat auf dem Wege der Abstimmung geschaffen, der schon nach 8 Tagen ein französischer Staat war. Daß die Herren aus dem Zentrum dieses neutralen Staat den Feinden gewissermaßen auf dem Präsentierteller entgegenbringen, ist doch unerhört. Wir wollen Preußen bleiben, weil wir dem Grundsatz huldigen, Treue um Treue (Lebh. Beifall.)

Hiertauf wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt.

Halle und Saalkreis.

Halle, 24. März 1919.

Die „Herren im Hause".

Herr W e b e r, wohlbestallter Lagerhalter der Filiale Glauchaerstraße des halleschen Konsumvereins und „grundsatzfester" Unabhängiger hat geruht, einer anders gesinnten Verkäuferin zu zeigen, was eine Harke ist. Die Verkäuferin W., die in der von Weber geleiteten Filiale beschäftigt war, besaß die kolossale Frechheit, bei der Preußenwahl Stimmzettel für die Mehrheitssozialisten zu verteilen. Flugs hat Herr Weber am folgenden Tage die „Verbrecherin" entlassen und ihr gezeigt, daß er der Herr im Hause ist und alle nach seiner politischen Pfeife zu tanzen haben. — Ein t r a u r i g e r H e l d — und doch nur einer von so vielen.

Hartung Regierungssoldat?

Eine mehr denn zweifelhafte Rolle hat bei allen Begebenheiten, die Halle seit Anfang Januar bewegten, ein gewisser Hartung gespielt. Anfänglich Matrose oder Vertrauensmann des Soldatenrates, war er so ziemlich der „Oberspartakist" bei all den Exzessen, die vorkamen. So fand er an der Spitze der Zeitungsstürmer, leitete die Verbrennung von Flugblättern auf dem Großen Berlin und war auch zwischen Halle und Leipzig so eine Art Verbindungsmann der Kommunisten. Der vielgenannte L. Schlaudt rückte verschiedentlich energisch von ihm ab, da Hartung ihm doch zu offensichtlich seine radikalen Machenschaften trieb. Als er eines Tages von seinen Freunden die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190324-14/fragment/page=0002

Als er verlesen bekam, ging er kurz entschlossen ins gemeinsame Lager über und wirkte dank seiner Kenntnisse auf dem Gebiete in vortrefflichster Weise „Gottel". So hat er denn auch Pt. Ferchland bald kennengelernt und noch manchen früheren Genossen unter Kommer Sicher gebracht. Heute läuft dieser würdige Zeitgenosse in Artillerieuniform mit umgeschnalltem Revolver in der Stadt herum, scheint also verstanden zu haben, in irgendeiner Formation Unterkunft zu finden. Wer aber garantiert dafür, daß er nicht eines Tages wieder umschwenkt? Abgesehen davon, daß es keine Reklame für einen Truppenteil darstellt, wenn ihm derart „unverlässige" Elemente angehören. Ein angesehener Mitbürger ähnlicher Art ist Hartungs Gesinnungsgenosse Klaus. Dieser würdige Herr kam seiner Zeit zum Soldatenrat und verlangte Waffen unter ausdrücklicher Betonung daß er Spartakist sei! Nachher ging er mit Patrouillen der Regierungstruppen und beschickte Leute zur Verhaftung, daß seien Spartakisten. Jetzt wird er mit dem Fall Meseberg in Verbindung gebracht. Wir finden, daß es höchste Zeit ist, daß man aufhört, sich solcher Leute zu bedienen!

Der Mörder Meseberg verhaftet?

Zwei Beamten der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, den in der Mordsache Meseberg gesuchten Felix Klaus in Berlin zu ermitteln und zu verhaften. Ferner konnten drei weitere Personen in dieser Nacht festgenommen werden. Alle vier haben ihre Mitbeteiligung zu. Die Ueberführung von Berlin erfolgte in der letzten Nacht. Einzelheiten werden später nach der Vergehmung der Ueberführten durch das Gericht mitgeteilt werden.

„Die russische Knute."

Unter dieser Ueberschrift bringt das Volksblatt wieder einige Fälle von Mißhandlungen Verhafteter durch die Landesjäger. Ist die Darstellung, die dort gegeben wird, zutreffend, so ist kein Wort zu scharf, um dies Gebahren der Soldaten zu verurteilen. Wir glauben nicht, daß das Kommando der Landesjäger dies Treiben der ihm unterstellten Truppen billigt, dann aber ist unbedingt erforderlich, daß klare Instruktionen herausgegeben und die Missetäter streng bestraft werden. Auf jeden Fall ist das Kommando verantwortlich für das Tun seiner Leute, darum trifft auch die volle Schuld an dem hanebüchenen, mittelalterlichen Treiben eben das Kommando und es ist dringend notwendig, daß Abhilfe geschaffen und falscher Grund für ähnliche Klagen restlos beseitigt wird. Dies fordern wir mit aller Entschiedenheit, und wer nicht begreifen kann, daß in der gegenwärtigen Zeit solche „Erziehungsmethoden" das allerungeeignetste sind, daß wir trotz alledem in einer neuen Zeit leben, der kann eben nicht Soldat der deutschen Republik sein.

Mieter, Aftermieter usw.

werden vom Mieteinigungsamt darauf aufmerksam gemacht, daß Kündigungen, die von ihrer Seite erfolgen, vom Mieteinigungsamt nicht angesehoben werden können.

Es ist daher ratsam, daß Inhaber von Wohnungen am 1. April erst dann kündigen, wenn sie sicher sind, am Auszugstage eine andere Wohnung zu haben.

Letztmaliger Gesichtsverkauf auf Abschnitt 250 Warenbezugsschein 18.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt: Der Verkauf wird am Dienstag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 18, Abschnitte 250. Die vorgenannten Abschnitte verlieren mit dem 25. März 1919 ihre Gültigkeit. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—74 000, sofern sie noch im Besitze der Abschnitte 250 der Warenbezugsscheine 18 sind. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die obengenannten Abschnitte abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Zimmer 11, binnen 5 Tagen abzugeben.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

* **Fall Ferchland.** In Nr. 67 des Volksblattes vom 20. 3. 19 wird erwähnt, daß der Matrose Ferchland spurlos verschwunden sein soll. Dazu teilt uns das Landesjägerkorps mit: „Matrose Ferchland erschien am 21. 3. beim Landesjägerkorps und hat um eine Besprechung mit Herrn General Maercker, die ihm auch gewährt wurde." Von einem Verschwinden kann also keine Rede sein.

* **Kriegsgerichte.** Hierzu erfahren wir auf der Pressekonferenz: „In einer Zeitung wird von der Tätigkeit des „außerordentlichen Kriegsgerichts des Freiw. Landesjäger-Korps" berichtet. Das außerordentliche Kriegsgericht ist ein bundesstaatliches Gericht. Das Gericht und die Richter stehen in keinem Zusammenhang mit dem Jägerkorps." — Das außerordentliche Kriegsgerichtung ist eine bodenständige Halleische Einrichtung, die jeweils sofort ins Leben tritt, sobald der Belagerungszustand rechtmäßig erklärt wird.

* **Die Ober-Postdirektion in Halle** gibt bekannt, daß Pläne über die Errichtung je einer oberirdischen Telegraphenlinie in Beesenstedt und Rottelsdorf (Mansf. Seekr.) bei dem Postamt in Halle (Saale) 2 ausliegen.

* **Das Hochbauamt 1 Halle a. S.** teilt mit, daß, nachdem eine Kohlenlieferung eingetroffen ist, die Geschäftsstunden des staatlichen Hochbauamts 1 wieder in dem früheren Umfange aufgenommen werden können.

Mehrere Schüsse fielen am Sonntag abend in der Nähe der Abdeckerei am Canenaer Weg. Die sofort vorgenommene Nachforschung nach dem Täter blieb ohne Erfolg.

Gastspiel Max Walden-Ensemble im Apollotheater. Von heute ab beginnen die Vorstellungen wieder wie früher um 7½ Uhr, Ende nach 10 Uhr. Heute und morgen finden die beiden letzten Aufführungen der Operette „Die schöne Kubanerin" statt. Mittwoch geht in neuer Einstudierung Georg Jarnos beliebte bekannte Operette „Das Barmermädchen" in Szene. Die Rolle des Josias Jefferon spielt Direktor Max Walden, eine ausgezeichnete Rolle des Künstlers, in der er Gelegenheit hat, seine Charakterisierungskomik im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen. Am Dirigentenpult leitet Kapellmeister Felix Stähle den musikalischen Teil.

Aus der Provinz.

Irreführung.

In der Freitagnummer bringt das Volksblatt einen Aufruf des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Bauernrates des Saalkreises, in dem es heißt: Die revolutionären Arbeiter und Bauernräte der einzelnen Amtsbezirke werden hierdurch aufgefordert, in Zusammenkünften unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Sonntag, den 23. März, ihre Vertreter zu wählen und uns bis spätestens Montag, den 24. März, das Ergebnis mitzuteilen. Später einlaufende Mitteilungen können keine Berücksichtigung finden."

Hiermit wird jedenfalls bezweckt, daß noch die alten Arbeiterräte die Delegierten wählen sollen. Tatsächlich können die Delegierten nur von den neuen Räten gewählt werden, deren Wahl aber in den meisten Orten erst am 23. März stattfindet. Ursprünglich war zwar der 23. März für die Delegiertenwahlen vorgesehen. Da aber der Zentralrat den Rätekongreß um eine Woche verschoben hat, haben sich alle die anderen Daten um eine Woche verschoben, so daß genügend Zeit für die neuen Räte bleibt, ihre Delegierten zu wählen. Keinesfalls dürfen die von den alten Räten gewählten Vertreter anerkannt werden.

Merseburg. Bei den gestern stattgefundenen Wahlen des Arbeiterrates entfielen auf die Liste Kämpf (Mehrh.-Soz.) 558, Fiedler (Unabh. Soz.) 1419, Koerlin (Demokrat) 1235 und Lobrengel (Rechtssozi.) 491 Stimmen. Die Mehrheitssozialisten erhalten 4, die Unabhängigen 12, die Demokraten 10 und die Rechtsparteien 4 Vertreter im Arbeiterrat.

Bitterfeld. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag abend tagte hier im Bürgergarten unsere Mitgliederversammlung. Genosse Drescher-Halle sprach über die Lehren des Streiks und über die Organisationsverhältnisse der Partei. An seinen Vortrag schloß sich eine sehr anregende Aussprache, in der die Genossen durchgängig der Meinung Ausdruck gaben, daß allmählich ein Umschwung der Ansichten in den Arbeiterkreisen zu bemerken sei. Es gelte nur noch in eigener Aufklärungsarbeit, die durch die Unabhängigen irregeleiteten Arbeiter wieder zur klaren Erkenntnis der Dinge zu bringen. Dann wurde Stellung genommen zur Kreiskonferenz. Man sprach sich allseitig darüber aus, die Kreisleitung möglichst nach Delitzsch zu verlegen, da dies besser als Zentrale geeignet sei. Darauf wurden drei Delegierte für die Kreiskonferenz bestimmt. Die Genossen gingen am Schluß der Versammlung mit großer Befriedigung auseinander.

Delitzsch. Unabhängige Konsequenz. Zur hiesigen Arbeiterratswahl haben die Unabhängigen eine Liste aufgestellt und für diese Liste auch Propaganda gemacht. Das ist an sich ja etwas ganz Selbstverständliches, spaßig ist nur, welcher Art die Propaganda war. Es heißt an einer Stelle des unabhängigen Wahlaufrufs: „Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibender, du darfst nicht mitwählen. Räche dich dafür, indem du deinen Gehilfen und sonstigen Beschäftigten zur Wahlurne schickst, um eine Proteststimme abzugeben gegen deinen Ausschluß von der Wahl." Köstlich, hier also sagen die Unabhängigen, daß es eine Ungerechtigkeit ist, selbständige Nichtarbeiter von der Wahl auszuschließen und an anderer Stelle können sie nicht radikal genug ein Parlament nur für die Lohn-Proletarier fordern.

Es schlägt sich und es merkt es nicht, weil es die Haut zu dick.

Zeitz. Oeffentliche Versammlung. Freitag abend tagte hier in der Zentralhalle eine von der alten sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung. Genosse Drescher-Halle sprach über unsere Stellung zur Gemeindepolitik. Bei seinem Vortrag nahm er auch Gelegenheit, über die neuesten Erscheinungen in Deutschland einige Worte zu äußern und fand gerade mit diesen Darlegungen recht lebhafte Zustimmung. Sein interessanter Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und erntete reichen Beifall. In der Diskussion meldete sich der Redakteur des unabhängigen Volksboten Stroinsky zum Wort. Ihm hätten es die Ausführungen des Genossen Drescher über die allgemeine gegenwärtige Lage angetan. Er erklärte, wenn auch Drescher nicht die unabhängige Partei ausdrücklich genannt hätte, sei doch klar zu erkennen gewesen, daß er sie gemeint habe. Stroinsky versuchte dann in längeren Ausführungen den Genossen Drescher zu widerlegen. Zwei weitere Redner, die sich in der Debatte zum Wort gemeldet hatten, stellten sich auf unseren Standpunkt und wandten sich gegen Stroinsky. In einem kurzen Schlußwort stellte Genosse Drescher richtig, was Stroinsky gegen unsere Partei vorgebracht hatte. Es waren wieder die bekannten Vorwürfe, die man immer hört, darum war es nicht schwer, mit wenigen Worten die Haltlosigkeit der Angriffe gegen uns zurückzuweisen.

Parteinachrichten.

Zur Geschichte der Parteispaltung.

In einem Artikel „Auf Wiedersehen" begründet Ed. Bernstein im Vorwärts seinen Austritt aus der Partei der Unabhängigen, der erfolgen muß, weil der unabhängige Parteitag beschlossen hat, daß kein Mitglied noch einer anderen Partei angehören dürfe. Bernstein war bekanntlich nach der Revolution der alten Partei wieder beigetreten, er motiviert seine Zugehörigkeit zu beiden Parteien damit, daß keine der beiden Parteien beanspruchen kann, in allen Punkten die einzig richtige Ausiegerin des sozialdemokratischen Gedankens zu sein. Die Politik der Mehrheitsfraktion treffe zwar grundsätzlich das Richtige, aber in der Durchführung dieser Politik begehen sie allerhand Fehler. Die Unabhängigen hätten zwar mit ihrer Kritik der Mehrheitspartei in Einzelfragen recht, aber sie betreiben eine Politik der Negation und Zersetzung, die viel schlimmere Wirkungen nach sich zu ziehen droht als alle Fehler der Mehrheitssozialisten zusammengenommen. Durch seine Mitgliedschaft in beiden Parteien wollte Bernstein ein Signal zur Beilegung des Parteistreites geben, da aus Anlaß dieses Schrittes gehässige Kommentare geknüpft wurden, so sieht sich Bernstein zu einer Reihe von Feststellungen veranlaßt, die interessante Tatsachen über die Anfänge der Parteispaltung enthüllen. Aus ihnen geht folgendes hervor:

Bereits am 1. Dezember 1914 fand eine improvisierte Besprechung der Fraktionsmitglieder statt, die Gegner der Kreditbewilligung waren. Hierbei wurde schon für eine Parteispaltung Stimmung gemacht und erklärt, daß man gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken dürfe. Bernstein erklärte damals, daß er für eine Spaltung nicht zu haben sei. Die Krise verzog sich damals, da ein angeblicher Streich der Fraktionsmehrheit, den man vorausgesetzt hatte, nicht erfolgte.

Als am 24. März 1916 die Gegner der Kreditbewilligung sich als sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, schloß sich Bernstein dieser Gruppe an, nachdem ihm zugesichert worden war, daß die Bildung der Sonderaktion nur eine zeitweilige Maßnahme sei und keine Spaltung der Partei einleiten sollte.

Ostern 1917 wurde die in Gotha versammelte Konferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppen durch den Antrag überrascht, nun doch eine eigene politische Partei zu bilden. Dieser Antrag wurde, obwohl Bernstein ihn bekämpfte und Kautsky gegen ihn stimmte, mit 70 gegen 44 Stimmen angenommen.

Im Frühjahr 1918 fand in Berlin in den Räumen der bolschewistischen russischen Botschaft eine gesellige Zusammenkunft von Mitgliedern dieser Angehörigen der U. S. P. statt. Man erörterte u. a. die Gründe, weshalb die unabhängige Sozialdemokratie nicht revolutionär vorgehe, wie die Bolschewisten es verlangten. In der Debatte darüber äußerte George Ledebour, die Partei sei leider ganz anders zusammengesetzt, als die Bolschewisten meinten. „Es gibt zwar unter uns Leute", sagte er wörtlich, „die sich nicht schnell genug mit Ebert-Scheidemann und Konsorten wieder vereinigen können". Bernstein erklärte darauf, daß er wohl damit gemeint sei, daß er aber trotzdem den Gedanken an eine spätere Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie nicht fahren lasse.

Diese Darstellung ergibt, daß Bernstein und ebenso wie er, viele andere, sich von der Machern der Parteispaltung gründlich haben hinters Licht führen lassen. Während diese so taten, als würden sie wider Willen aus der Partei herausgedrängt und als fiele ihnen jeder Schritt in dieser Richtung äußerst schwer, arbeiteten sie in Wirklichkeit ganz zielbewußt auf die Parteispaltung hin. Sehr lehrreich ist auch die Rolle, die die Unabhängigen gegenüber den Bolschewisten der russischen Botschaft spielen. Letztere haben sich offenbar ganz und gar als „Vorgesetzte Behörde" der U. S. P. D. gefühlt.

Letzte Nachrichten.

12 Lebensmittelschiffe in See gegangen.

Hamburg, den 22. März 1919. Die Abfertigung der Lebensmittelschiffe geht jetzt ruhig vor sich. Die Mannschaften begeben sich willig an Bord. Bis jetzt sind bereits 12 Dampfer mit insgesamt rund 87 000 Br.-Reg.-To. nach England in See gegangen. Heute abend sollen weitere sechs Dampfer, im Laufe des morgigen Tages werden drei Dampfer der Hapag-Linie und am Montag werden weitere drei Dampfer derselben Reederei von Hamburg erfahren.

Die Bremer Seeleute und die Ausfuhr.

Bremen, 23. März. Die heutige Versammlung der Bremer Seeleute aller Dienstgrade war von etwa 1000 Seeleuten besucht, in der Mehrzahl von Mitgliedern des Deutschen Seemannsbundes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Seeleute verpflichten, auf Aufforderung der Regierung mit den Schiffen auszufahren. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, für die durch eine eventuelle Auslieferung der Schiffe brotlos werdenden Seeleute in ausgiebiger Weise zu sorgen.

Aufhebung der Blockade Oesterreichs.

Wien. Das Staatsamt für Aeußeres erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschlossen haben. Es dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegskonterbande betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können, und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anlaufen der adriatischen Häfen gestattet ist.

Umwälzung in Ungarn.

Aufruf der Räte-Regierung Ungarns.

Wien, 22. März. Der revolutionäre Regierungsrat und die ungarische Sozialistenpartei erlassen einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: Der revolutionäre Regierungsrat beginnt unverzüglich seine Arbeit zur Verstärkung des Sozialismus und Kommunismus. Er bestimmt die Sozialisierung der Großgrundbesitze, Bergwerke, Großbetriebe, Banken und Verkehrsunternehmungen. Die Bodenreform wird im Wege von sozialistischen Produktionsgenossenschaften durchgeführt. Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Proletarierarmee und erklärt seine volle Solidarität mit der russischen Sowjetregierung. Er bietet den Proletariern Rußlands ein Waffenbündnis an. Er fordert die Arbeiterschaft in Frankreich, Italien und Amerika auf, nicht weiter den verruchten Feldzug ihrer kapitalistischen Regierungen gegen die ungarische Räterepublik zu dulden. Er fordert die Arbeiter und Ackerbauer in Böhmen, Rumänien, Serbien und Kroatien zum bewaffneten Bündnis gegen die Boiaren, Großgrundbesitzer und die Dynastien auf. Die Arbeiter Deutsch-Österreichs und Deutschlands fordert er auf, dem Beispiel der ungarischen Arbeiter zu folgen, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbünden, die Räterepublik zu konstituieren und mit Waffen in der Hand den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten. Die ungarische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat sind sich der Schwierigkeiten und Opfer bei der Beschreitung dieses Weges bewußt, aber sie müssen Krieg führen zur Betreibung der Lebensmittel und Bergwerke. Sie müssen den Kampf ausfechten für die Freiheit des ungarischen Proletariats und für die Freiheit der eigenen Existenz. Nur auf diesem Wege können wir dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Wir fordern jeden Arbeiter und jeden Ackerbautreibenden auf, zu arbeiten und zu produzieren, oder in die Proletarierarmee einzutreten und für den Triumph der Idee Opfer zu bringen.

Außerdem fand ein Depeschenwechsel zwischen Moskau und Budapest statt, in dem Lenin die neue Räterepublik beglückwünscht.

Die Stellung der österreichischen Arbeiterräte.

Wien, 23. März. (Korr.-Bureau.) In der „Arbeiterzeitung" antwortet der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs auf den Aufruf der Räteregierung Ungarns, daß er die Erhebung des Proletariats Ungarns gegen die Entente herzlich begrüßt, zugleich aber feststellt, daß das deutsch-österreichische Proletariat zurzeit dem Beispiel unmöglich folgen könne. „Wenn wir eurem Rat folgen, dann würde uns der Ententekapitalismus unerbittlich die letzte Zufuhr abschneiden und uns einer Hungerkatastrophe preisgeben.

Briefkasten der Redaktion.

G. P. Artern. Mit Dank erhalten, bitte aber an ausreichende Frankierung zu denken!

Säuglinge! Lt. Ministerieller Erlaß ist die Fabrikation u. der offene Handel in Gummi-Flaschensaugern wieder freigegeben. Ich bin wieder in der Lage, Deutsche Erzeugnisse zu angemessenen Preisen zu liefern und offeriere helle durchsichtige Ware Mk. 1.20, 1.35, und 1.85 per Stück. Ferner empfehle: Verbandwatten preiswert, Gummibettstoffe wasserdicht, Kinderpuder „Vasenol" u. andere, Klistierbälle u. Spritzen, Irrigatoren u. Spülapparate
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel. 2599

Echter
Kautabak
eingetroffen. Große Posten abzugeben.
Versand nach auswärts.
Zigarettenzentrale
66 Delitzscherstraße 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190324-14/fragment/page=0003

Lebensmittel-Kalender.

Die Verbrauchsmengen an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 24. bis 30. d. Mts. bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf 200 Gramm festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gelamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Bollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 20 Gramm Schlachtviehfleisch entnommen werden, während die übrigen (2 bezw. 1 Fleischmarke) lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen. An Stelle von je 20 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen können entnommen werden: 16 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen.

Städtischer Verkauf von Fleischkonserven und Rohschlachtwurst (Sonderverteilung) in der Talamtschule am Dienstag, 25. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 56 501—61 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 601—64 000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund Rohschlachtwurst zum Preise von 2 Mark für Einviertelpfund abgegeben werden. An Stelle von Rohschlachtwurst können Haushalte mit 1—4 Personen eine Dose, Haushalte mit 5—8 Personen zwei Dosen und Haushalte über 8 Personen drei Dosen Fleischkonserven zum Preise von 6 Mark für die Einpfunddose entnehmen. Diejenigen Haushalte, welche bei Sonderverteilungen (Brot, Wurst usw.) schon berücksichtigt sind, haben bei dieser Verteilung keinen Anspruch auf Belieferung. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

45 Gramm Butter. In der Woche vom 24. bis 30. März werden auf den Abschnitt 13 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 45 Gramm Auslandsbutter zum Preise von 45 Pf. abgegeben. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag, den 27., bis Sonnabend, den 29. März. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 31. März, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Dienstag, den 25. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 25 601—25 800 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 25 801—27 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für die Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 20 Pfennigen abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von ungarischem Bienenhonig zum Preise von 10 Mark für das Pfund wird in der Talamtschule fortgesetzt.

Halle, den 22. März 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Bewirtschaftung und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Bestimmung vom 12. d. Mts., wonach auf die Milchkarten der Klasse IV frische Vollmilch nicht abgegeben werden darf, wird aufgehoben.

Vom Dienstag, den 25. d. Mts., an wird die Versorgung dieser Karteninhaber mit Milch wie folgt geregelt:

I. Zur gleichmäßigen Belieferung aller eingetragenen Kunden mit Milchkarten der Klasse IV haben die Milchhändler, welche auf diese Karten noch Milch abgeben können, die Milch an die Milchausgabestelle (Kiemberger Molkerei, Rindenstr. 52) abzuliefern.

II. Die der Milchausgabestelle für die Karten der Klasse IV zur Verfügung stehende Voll- und Magermilch wird den einzelnen Milchhändlern der Reihenfolge nach so zuzuweisen, daß diese für sämtliche eingetragenen Kunden der Klasse IV beziehen können. Der jedesmalige Verkauf von Milch an diese Karteninhaber ist von den Milchhändlern durch Aushang bekannt zu geben.

III. Den Besitzern der Milchkarte der Klasse IV wird freigestellt, an den Tagen, an denen sie von ihrem Milchhändler auf diese Karte Milch nicht beziehen können, in den Geschäften der Butterhandlungen F. H. Krause und Hortig (Drei Glocken) gegen Abgabe von vier Abschnitten der Milchkarte ½ Pfund kondensierte Milch zum Preise von 1.70 Mark einzukaufen. Die Verkäufer haben die Abschnitte von der Milchkarte abzutrennen und gebündelt am Montag der folgenden Woche dem Stadternährungsamt Abt. II abzuliefern.

IV. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung ziehen die in § 16 der Verordnung vom 3. November 1917 festgesetzten Strafen des Gefängnisses bis zu 1 Jahr und mit Geld bis zu 10 000 Mark nach sich. Auch kann die Entziehung der Berechtigung zum Milchhandel erfolgen.

Halle, den 24. März 1919. Der Magistrat.

Walhalla-Operetten-Theater.
7.10 Ende 9.30.
Letzte 4 Tage!
Die Faschingsfee.
Freitag Erstaufführung:
Der Rastelbinder.
Vorverkauf eröffnet.
Kasse 10—1½ u. 4—6

Stadt-Theater
Dienstag, den 25. März 1919
Anfang 7, Ende 9¼ Uhr
Der Barbier von Sevilla
Komische Oper v. Rossini.
Mittwoch:
Gewitter
(Erstaufführung).

Alte Promenade 11a. U.T. **Leipzigerstr. 88.**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Keimendes Leben
2. Teil.
Erste Folge des mit größtem Erfolg aufgeführten Kulturdokuments von
Dr. Paul Meissner
und
Georg Jacoby
6 Akte.
Sensationelle Schilderungen aus dem Gesellschafts- u. Theaterleben mit
Hanna Ralph, Jannings, Junkermann.
Vorführ. 3.30 5.40 7.50.

Traumgift
Folgen d. Opium-Lasters.
Die Geschichte eines Abenteurers in 3 Abtlg.
Hauptrolle
Ingeborg Spangsfeld, Anton de Verdier.
Vorführ. 4.40 6.40. 9.00.

Viggo Larsen
in einer seiner Glanzleistung. in der Komödie
Einbrecher wider Willen
4 Akte.
Vorführ. 3.40. 5.50. 7.50.

Meßter-Woche Nr. 9.

Beginn 3.30 Einlass 3.00.
Die Abendvorstellungen beginnen 7.50 Uhr.

Künstlerverein auf dem Pflug
Freitag, den 28. März, abends 7½ Uhr, im Mozartsaal, Weidenplan
Vortrag mit Lichtbildern von Professor Dr. Wackernagel, Leipzig.
Der Expressionismus in der bildenden Kunst.
Karten zu Mk. 3.10, 2.10, 1.05 bei Heinrich Hothan, Hofmusikalienhandlung und an der Abendkasse.

Schreibmaschinen-Reparaturen.
Reparaturen an Schreibmaschinen sämtlicher Systeme 2474
werden sofort unter Garantie in eigener Werkstatt ausgeführt.
Werner Löwenstein & Sohn,
Magdeburgerstr. 63. Tel. 6776.

Stellen finden.

Kesselschmiede
für dauernde Arbeit sofort gesucht. 2510
Hallesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis.

(Ebert—Scheidemann.)

Dienstag, den 25. März, abends 6½ Uhr, in den Thaliasälen, Geiststraße

Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Trennung von Kirche und Staat.**
(Fortsetzung der Versammlung vom 17. März).
2. **Freie Aussprache.**

Redner: Dr. Alfred Dieterich, Berlin.

Alle Einwohner von Halle sind zu dieser wichtigen Versammlung freundl. eingeladen. Durch den vorzeitigen Schluß der Versammlung am 17. März war es den Referenten nicht möglich, einerseits auf die Ausführungen der Diskussionsredner einzugehen, — Ebenso sind in dieser Versammlung fast ausschließlich Vertreter des Kirchenaustritts zu Wort gekommen. Die Wichtigkeit des Themas bedingt aber eine gründliche Aussprache und Stellungnahme der Bevölkerung.

Deshalb erscheint zahlreich!

Eintritt 20 Pfg. Der Einberufer

Apollo-Theater
Zum vorletzten Male:
Abends 7½ Uhr:
„Die schöne Kuhauerin"
Operette in 3 Akten von Max Gabriel.
Mittwoch, 26. März:
„Das Farmermädchen"
Jefferson . . .
. . . Max Walden
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Zu verkaufen ein durchbrauchener **Herrenanzug** für schlanke Figur, Größe 1,75, fast neu. Zu erfragen: Erfrischungshalle des Roten Kreuzes, Hauptbahnhof.

Kurt Litzenberg, Metallwarenfabrik.
Verkaufsstelle: Grosse Steinstrasse 11.
Vorteilhafteste Bezugsquelle aller Artikel für Gas u. Elektrisch Neuanlagen, Reparaturen sachgemäss und billig. :: Tel. 4025.

Verzinkte **Eimer** gute starke Ausführung sehr billig.
C. F. Ritter, Leipziger Strasse 90.

Schönheitsfehler,
Nasen- und Gesichts-Korrekturen, häßliche Züge, Falten, hohle Wangen, Salzfläschchen, Hals- und Busenfleck unter Garantie für bleibenden Erfolg. Für Damen und Herren kostenlose Auskunft Sprechzeit 10—7. 2454
Institut „Fara", Nur Gr. Ulrichstr. 47, I. Tel. 5843.

Neue Senta-Schreibmaschinen, neue Kappel-Schreibmaschinen, Rechenmaschine Lipsia, Büromöbel, Kohlepapier und Farbbänder stets auf Lager 2473
Werner Löwenstein & Sohn,
Magdeburgerstrasse 63. Telefon 6776.

Tüchtigen **Damenschneider** auf Werkstatt sofort gesucht
G. Assmann, Hoflieferant, Gr. Ulrichstraße 49.

Pferde- u. Wagen-Auktion.
Dienstag, den 25. März 1919, vorm. 10 Uhr, versteigere ich in Halle a. S., Sophienstr. 41 (Nähe Stadtbeaver und 2 Minuten von der Hauptpost) wegen Aufgabe des Fuhrbetriebes freiwillig: 2595
12 schwere und leichte Arbeitspferde,
als 4 schwere Belgier, 4 Dänen, 2 Oldenburger, 4 traurme Russen 3—6 Jahr. a. einzelne Zugpferde m. Geschirr, ferner mehrere Rollwagen, 60, 50, 40 und 7 Ztr. Tragkraft, 2 Vierspänner und 2 Dreispänner Leiterwagen, 1 fast neuen Break und andere Kutschwagen, 2 Paar komplette Kutschgeschirre (Neusilberbeschlag), 6 Sielengeschirre, mehrere Wagenplanen und Winden, einzelne Geschirrteile, 2 Dezimalwagen, 1 Kremsersatzgestell für Rollwagen, ferner 200 Ztr. Brennholz (Schwarten) und diverse andere Sachen,
meistbietend gegen Barzahlung.
Die übrigen Pferde sind mittelkräftig. Die Sachen sehr gut, aber sehr gut erhalten. Besichtigung 8 Uhr vormittags.
Otto Uhlitzsch, Auktionator, Halle a. S., Mansfelderstraße 4. Fernsprecher 5209.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

50 gebr. Drehbänke in verschiedenen Größen verkauft 2385
Ernst Kartus, Inh. Th. Schatz, Germanstr. 2. Tel. 1281.

Gute Dauer-**Batterien** für elektr. Taschenlampen sehr billig.
C. F. Ritter, Leipziger Strasse 90.

Albrechts Naturhallenstalt
Fr. Ebenstr. 23. Telephon 6451.
Verabreicht werden alle Bäder, Höhensonne, Elektrische Lichtbäder, Sauerstoff-, Kohlensäure-Fichtennadel-, Dampfbäder usw. Gewissenhafte Behandlung, langjährige Erfahrung. 24/6

Möbel!
Solid gearbeitete und preiswerte
Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Wohnzimmer und Küchen
sowie auch einzelne Stücke empfiehlt 2470
H. Bergmann, Inh. A. Ebeling, Möbelfabrik und Magazin, Halle a. S., Fleischerstr. 30/31. Fernsprecher 2382.

Steckzwiebeln des Wallnußgröße **Zwiebelsamen** Zittauer gelbe Riesen sucht zu kaufen
Max Krug, Samenhandlung Talamtstraße 3 (Am Hallmarkt). 2531

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.

Gelegenheitskauf!
Schul-Tornister!
in guter Ausführung.

Knaben	Frühstücks-Taschen	Mädchen
3.95 6.65 7.85	1.95 2.25 3.65	3.85 6.85 7.95
mit Ledereinfassung	mit Rindleder	mit Ledereinfassung
14.95 18.45 25.85	39.—	14.85 18.95 23.95

Steinweg 45 **SOBEL** Reilstrasse 1
Ammendorf: Bahnhofstrasse 3. 2596

Gute Glühkörper ersparen Gas! Für Steh- u. Hängelicht 1 Stück 55 ₰ 12 Stück 10.80 25 Stück 21.25
Dauerwäsche-Vertrieb **Kl. Berlin 2,** eine Treppe rechts Ecke Sternstr.

Waschbrett. mit V567/3 starker Zinkeinlage.
Max Sobel, Steinweg 45, Reilstr. 1, Ammendorf: Bahnhofstrasse 3.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle felddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Einstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Überlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter usw. fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft. Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. K. d. Kleist.

Der Zentralfeldzeugmeister des IV. A. K. Bod.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190324-14/fragment/page=0004